

Die politische Landschaft danach

Einschätzungen zur Parlamentswahl 2020

Franziska Koch
Theodor Rathgeber

Mit den Parlamentswahlen im August erlebte Sri Lanka eine drastische Verschiebung der Machtverteilung. Erste Einschätzungen zu ausgewählten Politikfeldern.

Während der Rajapaksa-Klan in singalesisch dominierten Wahlbezirken bis zu 70 Prozent der Stimmen erhielt, büßten insbesondere moderate Vertreter/-innen von Minderheiten viele Mandate ein. Die bisher führende parlamentarische Vertretung der Tamil(inn)en, die *Tamil National Alliance* (TNA) verlor deutlich Parlamentssitze zugunsten kleinerer radikalerer Parteien. Frauen sind nur noch marginal im Parlament vertreten. Einen Erdrutsch erlebte die im alten Parlament stärkste Kraft, die *United National Party* (UNP), die auf einen Parlamentssitz schrumpfte – zu den Details der Wahl siehe vorhergehenden Artikel.

Verfassung und Rechtsstaat

Die zersplitterte Opposition wird in der nächsten Amtsperiode wenig gegen die Übermacht der SLPP ausrichten können, die sich für ihre geplante Verfassungsänderung im Oktober bereits die benötigte Zwei-Drittel-Mehrheit gesichert hat. Der am 2. September bekannt gemachte 20. Verfassungszusatz stattet den Präsidenten wieder mit umfassenden Vollmachten und Immunitäten als Staatsoberhaupt aber auch als Privatperson aus. Die von der Vorgängerregierung beschlossene Beschränkung der Amtszeit des Präsidenten und die Einrichtung von unabhängigen Kommissionen, die Polizei und Öff-

entlichen Dienst überwachen, werden ebenfalls rückgängig gemacht.

Die Rückverlagerung der Macht vom Parlament auf den Präsidenten wird komplementiert mit dem Zugriff auf die Justiz. Auch wenn die Regierung die Unabhängigkeit der Justiz nicht formell antastet, kann der Präsident – nach dem neuen Verfassungszusatz – die Stellenbesetzungen vornehmen und sich beim Obersten Gerichtshof, den Berufungsgerichten sowie der Generalstaatsanwaltschaft ein passendes Justizkonstrukt schaffen, welches die Sicht der Exekutive stärkt. Einen Vorgeschmack bot der Oberste Gerichtshof im Juni, als er die Auflösung des Parlaments durch den Präsidenten trotz vieler juristischer Zweifel für rechtmäßig erklärte.

Militärpräsenz im öffentlichen Geschehen

Immer mehr Stricke laufen in den Händen der Rajapaksa-Familie zusammen. Es wird emsig daran gearbeitet, möglichst viele Schlüsselpositionen in der Regierung von Gleichgesinnten zu besetzen. Bei Gotabhayas Militärkarriere macht es Sinn, dass dies (ehemalige) Militärangehörige sind. Vor allem im Süden des Landes stieß die Besetzung von Regierungs- und Verwaltungssämtern durch Militärs auf positive Resonanz. Der mehrheitlich von buddhistischen Singales(inn)en

besiedelte Süden hatte der Vorgängerregierung ein Unvermögen in der Administration der Regierungsgeschäfte attestiert. Aber auch innerhalb der Minderheiten herrschte Verärgerung über deren miserable Organisation von Verwaltung und Regierungssämtern.

Hierzu passt die Ausrichtung auf eine Sicherheitspolitik und das Bild eines „starken Führers“. Das bedeutet, dass etwa die Rolle der Geheimdienste eine öffentlich wieder größere Anerkennung erfahren wird. Das Sicherheitsversprechen wird sich aber ebenso auf soziale Aspekte beziehen, wie die Errichtung einer präsidentiellen Task Force zum Aufbau eines sicheren Landes mit einer disziplinierten, tugendhaften und gesetzestreuenden Gesellschaft erahnen lässt. Nutznießer/-innen dieser Politik werden die Personen sein, die sich auf die Vorgaben der Regierung und ihrer buddhistisch-nationalistischen Ausrichtung einlassen.

Eine weltweit herausragende Eigenschaft der aktuellen Regierung muss in diesem Zusammenhang nicht überraschen. In sozialen Medien wurde am 14. August eine bislang nicht dementierte Liste mit Detailangaben veröffentlicht, der zufolge sieben Kabinettsmitglieder und sieben Staatssekretäre in strafrechtliche Prozesse verstrickt sind – überwiegend Veruntreuungen und Korruption, aber auch Totschlag.

Vertretung von Minderheiteninteressen

Die Regierungspartei *Sri Lanka People's Front* (SLPP) hat sowohl einige Tamilen als auch Muslime auf ihrer Parteiliste platziert. Neben der Tatsache, dass es sich dabei um einen kalkulierten Schachzug im Wahlkampf handelt, wird dieser Umstand zukünftig wohl auch von der SLPP genutzt, um zu behaupten, dass sie die Interessen der Tamil(inn)en und Muslime vertreten.

Die ersten Monate der Präsidentschaft von Gotabhaya Rajapaksa belegen jedoch das Gegenteil und lassen vermuten, dass die Bemühungen um eine buddhistisch-radikale Umschreibung der Geschichte und Gesellschaft sich verstärkt fortsetzen werden. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass Minderheiten in Sri Lanka kaum eine andere Wahl haben, als sich dem Mainstream anzuschließen, da sie sonst zur Angriffsfläche für nationalistische Attacken werden. Dieser Umstand kann auch als Erklärung herangezogen werden, warum auch tamilische und muslimische Wähler(innen) für Parteien gestimmt haben, die der SLPP nahe stehen. Auch Versprechungen auf wirtschaftliches Wachstum durch Arbeitsplätze und Mobilität gewannen für die SLPP und deren Schwesterparteien Stimmen bei den Minderheiten, insbesondere bei den jungen Leuten im Norden und Osten, die im Landesdurchschnitt in den Bereichen Bildung und Arbeit von ihren Gleichaltrigen im Süden des Landes abgehängt sind.

Schrumpfende Handlungsspielräume für die Zivilgesellschaft

Im Licht all dieser besorgniserregenden Entwicklungen werden zukünftig der Schutz der gesellschaftlichen Teilhabe und die Stärkung der politischen Emanzipation noch wichtiger. Doch die Arbeit der Zivilgesell-

schaft steht in Sri Lanka traditionsgemäß unter kritischer Beobachtung der Regierung. Mit dem neuen Verfassungszusatz wird die Überwachung der zivilgesellschaftlichen Aktivitäten zukünftig dem Verteidigungsministerium obliegen – diese Zuständigkeitszuweisung zeigt anschaulich auf, dass regierungskritische, zivilgesellschaftliche Aktivitäten und Organisationen von der Regierung als unerwünscht oder sogar staatsfeindlich gesehen werden.

Es ist nicht abwegig anzunehmen, dass Sri Lanka sich auch bei diesem Thema an Indien orientieren und die finanziellen Unterstützungen aus dem Ausland nach inhaltlichen Kriterien reglementieren und minutiöse Berichte über solche Tätigkeiten fordern wird, soweit diese sich mit der Regierung kritisch auseinandersetzen. So könnten regierungskritische Meinungen elegant auf dem administrativen, entpolitisierten Wege zensiert oder verboten werden. Zensur betrifft allerdings nicht nur Nichtregierungsorganisationen sondern besonders auch unabhängige Journalist(inn)en, engagierte Jurist(inn)en einschließlich Rechtsanwält(inn)en sowie Menschenrechtsverteidiger/-innen, die ein Regierungshandeln nach rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Standards erwarten und sich entsprechend engagieren.

Internationale Gemeinschaft

Aufgabe der internationalen Gemeinschaft bleibt es weiterhin, auf rechtsstaatlichen und menschenrechtlichen Standards zu bestehen und die sri-lankische Regierung bei Missachtung zur Rechenschaft zu ziehen. Neben dem Schutz von Journalist(inn)en, Rechtsanwält(inn)en und Menschenrechtsverteidiger(innen) müssen dafür ausdrücklich internationale Rechtsstandards genutzt werden, um die Regierung Sri Lankas an ihre Verantwortung zu erin-

nern. Erst im Februar dieses Jahres gab die Regierung ihren Rückzug aus der UN-Resolution 30/1 (UN-Menschenrechtsrat) zur Förderung der Rechenschaftspflicht, der Ausöhnung und der zügigen Durchsetzung Menschenrechte bekannt und begann damit einen gefährlichen Trend der Abkapselung von der internationalen Gemeinschaft.

Dies spielt Indien und China in die Karten, die bereits seit Jahren in einem ambivalenten Verhältnis zwischen Konkurrenz und Kooperation um die Gunst und die geopolitischen Vorzüge Sri Lankas buhlen. Den Rajapaksa-Brüdern wird gemeinhin eine Nähe zu China nachgesagt. Hatte sich der damalige Präsident Mahinda Rajapaksa doch während seiner Amtszeit (2005-2014) sieben Milliarden US-Dollar von Peking geliehen. Doch als er im August unter seinem Bruder Gotabhaya als Premierminister vereidigt wurde, war sein indisches Pendant Modi der Erste, der ihm zum Wahlsieg gratulierte und von der Bestärkung der besonderen Bande der zwei Länder sprach. Wie es da wohl beim großen Nachbarn ankommt, dass sich die sri-lankische Regierung inmitten der Corona-Pandemie mit einem neuen Darlehen in Milliardenhöhe weiter in die chinesische Schuldenspirale stürzt?

Zur Autorin



Franziska Koch koordiniert das Netzwerk *Sri Lanka Advocacy*.

Zum Autor

Siehe Artikel auf Seite 41.